

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Nebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 9. Juli 1924

Nummer 58

### Bekanntmachung

Von dem neuen Deutschen Buchdrucker-Tarif ist bereits die zweite Auflage fast vergriffen. Eine dritte Auflage muß davon abhängig gemacht werden, ob weitere Neu- und Nachbestellungen einen genügenden Absatz sichern. Wir ersuchen deshalb alle Ortsvereine, solche Bestellungen bestimmt bis zum 19. Juli bei uns aufzugeben. Spätere Einsendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Geldsendungen sind vorerst nicht beizufügen.

Die bereits bei uns eingegangenen Bestellungen werden noch ausgeführt und brauchen deshalb nicht wiederholt werden. Mehrfach ergangene Bestellungen auf Hilfsarbeitertarife können von uns nicht erledigt werden. Die betreffenden Funktionäre wollen sich dieserhalb an die örtlichen Verwaltungen oder direkt an den Verbandsvorstand des Hilfsarbeiterverbandes wenden.

Berlin, den 5. Juli 1924.

Der Verbandsvorstand

### Der Jahresbericht des Verbandes

(Schluß.)

Wie in früheren Jahren, so hat auch diesmal trotz der schweren Not der Zeit jeder einzelne Gau seinen Mitgliedern einen speziellen Jahresbericht über die engeren Gauverhältnisse erstattet. Die Herausgabe der letzten Berichte dieser Art fiel jedoch teilweise zeitlich mit demjenigen des Verbandsjahresberichtes zusammen. Wir waren daher bisher nicht in der Lage, diese besonderen Gauberichte wie in früherer Zeit noch vor der Besprechung des Verbandsjahresberichtes im Verbandsorgan ihrer wohlverdienten Würdigung zu unterziehen. Da nun im Verbandsjahresbericht selbst wieder jedem Gau ein besonderes Kapitel eingeräumt wurde, glauben wir darauf verzichten zu können, die besonderen Jahresberichte der Gause einer speziellen Beleuchtung zu unterziehen. Wir beschränken uns daher nachstehend auf stark konzentrierte Zusammenfassungen der hauptsächlichsten Eigenheiten eines jeden Gaus, soweit sie im Verbandsjahresbericht in noch etwas eingehenderer Form Aufnahme gefunden haben, und zwar lebhaft in der Hoffnung, daß auch dieser Teil des Verbandsberichtes von allen Kollegen einer eingehenden Durchsicht unterzogen wird. Die Bildung eines objektiven Urteils über den gesamten Aufgabekreis wird dadurch zweifellos erleichtert, das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt und die Erkenntnis der Notwendigkeit eines intensiveren Zusammenwirkens aller vorwärtstrebenden Kräfte nur gefördert werden. Denn fast jeder Gau hatte neben den allgemeinen wirtschaftlichen Sorgen noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, die teils gewerblicher, teils politischer Art waren. Und erst, wenn man alle diese Verschiedenheiten überblicken kann und sie mit dem gesamten Verbandsleben in Verbindung bringt, dann erkennt man die großen Gefahren des Jahres 1923, findet aber gleichzeitig auch das Vertrauen in die gewerkschaftlichen Aufgaben wieder, wenn man so von allen Seiten in das verwickelte Gitter unseres Verbandes hineinblicken und überall die Feststellung machen kann, daß trotz Not und Elend des vergangenen Jahres der alte zukunftsichere Geist wieder auflebt. In diesem Sinne wollen wir die einzelnen Gause nacheinander an unserm Geiste vorüberziehen lassen.

Der Gau Bayern hatte neben den allgemeinen Sorgen besonders mit politischen Einflüssen zu rechnen, indem das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter durch die vielen reaktionären Zeitungsarbeiten stark vermehrt wurde. Auch wurde von bayerischen Prinzipalen starke Proteste für ein „bayerisches“ Tarif gemacht, was jedoch in-

folge der Geschlossenheit der Gewerkschaft erfolglos blieb. Ein Streik- und Aussperrungsverbot des nunmehr ebenfalls erledigten Allgewaltigen v. Kahr brachte die bayerischen Scharmacher im Buchdruckgewerbe sogar in die Verlegenheit, daß sie die vom Deutschen Buchdrucker-Berein ange-setzte Generalausperrung bei Ablauf des Tarifs von 1923 nicht nach Herzenslust mitmachen konnten; sie mußten sich mit einer provisorischen Verlängerung des alten Tarifs bis nach erfolgter zentraler Einigung begnügen. Der Mitgliederstand ging infolge zahlreicher Berufsabwanderungen von 6624 auf 5151 zurück; die Zahl der Arbeitslosentage stieg von 77473 im Jahre 1922 auf 279246 im Jahre 1923. — Der Gau Berlin trat mit 1125 Arbeitslosen in das Jahr 1923 ein und hatte am Schluß des Jahres deren 5497, also beinahe fünfmal mehr. Im Gegensatz dazu wurden beim Banknotendruck viel Überstunden nebst Sonntagsarbeit verlanget, was zu lebhaften Auseinandersetzungen und Differenzen führte. Die Schaffung eines Wertmessers für die Lohnregulierung beschäftigte mehrere Versammlungen. Das stets viel zu geringe Entgegenkommen der Prinzipale in allen Fragen führte zu Sonderbewegungen, von denen jene im August v. J. wesentliche Vorteile brachte, während eine solche im November unter dem Druck des Ausnahmezustandes und der Militärgewalt zu einer Niederlage führte. Auch Haftbarkeitsforderungen der Prinzipale für verschiedene Arbeitsniederlegungen waren zu bekämpfen. — Der Gau Danzig erreichte schon im August v. J. den Goldlohn nach dem Durchschnittskurs des englischen Pfundes und der wöchentlichen Indexzahl. Im September mußte jedoch dieser Goldlohn auf Dollarrechnung umgestellt werden, wobei eine Einigung auf 6 Doll. als Spitzenlohn zustande kam. Bisherige Versuche der Unternehmer, den Achtstundentag zu beseitigen, sind nicht geglückt. Seit 1. November gilt nur noch der Danziger Gulden (25 Gulden ein englisches Pfund). Die Mitgliederzahl ist ebenfalls infolge Berufsabwanderungen um 27 auf 431 zurückgegangen. — Der Gau Dresden hatte unter den besonderen politischen Verhältnissen in Sachsen stark zu leiden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vermehrten sich ungeheuer; im ganzen Gau waren zeitweise nur noch zwei bis drei Betriebe voll beschäftigt. Der Mitgliederstand ist von 2580 auf 2536, also um 44 gesunken. — Der Gau Erzgebirge-Bohland hatte besonders schwer unter den politischen und wirtschaftlichen Verwicklungen sächsischer Eigenart zu ringen. Streiks in Chemnitz, Zwickau usw. waren als Folge dieser Hochspannung zu verzeichnen. Ende Dezember waren noch 40 Proz. der Gaumitglieder arbeitslos oder außer Beruf tätig. Trotzdem wurde der Aussperrungssammel des DVB. auch in diesem Gau zu einer Note. — Der Gau Frankfurt-Sachsen berichtet über die gleiche Not und die Sorgen, wie sie im Jahresbericht des Verbandsvorstandes für die Allgemeinheit zum Ausdruck kommen. Mit besonderer Befriedigung wird jedoch konstatiert, daß die bekannten Zerfaserungsbestrebungen bei den Buchdruckern keinen Boden gefunden haben. Ein Mitgliederrückgang wird ebenfalls nur auf Berufsabwanderung zurückgeführt. — Der Gau Hamburg-Altona war besonders von der starken örtlichen Teuerung bedrängt, der durch die zentrale Lohnfestsetzung nicht genügend Rechnung getragen wurde. Infolgedessen verfielen auch die meisten zentralen Lohnvereinbarungen in Hamburg der Abschaffung und nur die in den letzten Jahren gewonnene Erkenntnis, daß örtliche Kämpfe nicht immer geachtet sind, die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaft zu verbessern, hat das Gewerbe vor örtlichen Erschütterungen bewahrt. Die Mitgliederzahl ist um 20 von 2761 auf 2411 zurückgegangen. — Der Gau Hannover verlor den achten Teil seiner Mitglieder durch Berufsabwanderung, 302 Mitglieder waren das ganze Jahr arbeitslos; die Mitgliederzahl ging von 3127 auf 2824 zurück. Der wirtschaftlichen Krise fiel auch die Vereinsbuchdruckerei im fünfzigsten Jahre ihres Bestehens am Opfer. Gelegenlich der vom DVB. eingeleiteten Generalausperrung Ende 1923 leisteten sich die Prinzipale des Kreises I noch den Versuch eines 2-prozentigen Lohnabbaues, hatten aber damit kein Glück. — Der

Gau Leipzig stand ebenso unter schwerem wirtschaftlichen Druck. Gegen Ende des Jahres waren neben 3900 Kurzarbeitern noch 1713 Arbeitslose zu verzeichnen. Die Einführung eines Druckerdelegiertenensystems führte zu einer Erleichterung der organisatorischen Verständigung und zu einer Beruhigung des Vereinslebens. Die besondere Einfäßerung der Spartenbeiträge wurde durch Eingliederung in den Gaubeitrag aufgehoben. Die einzelnen Sparten erhalten nach ihrer Mitgliederzahl einen prozentualen Anteil vom Gaubeitrag, so daß alle Spezialkollegen zur Deckung der Kosten der Spartenaufgaben beitragen. Infolge der zunehmenden Not der Gaufasse mußten die Unterstützungsleistungen des Gaus aufgehoben werden. Besondere starke Zersplitterungsversuche von politischer Seite wurden energisch bekämpft und wirkungslos gemacht. — Der Gau Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet eine Arbeitslosigkeit, nach der 133 Kollegen das ganze Jahr arbeitslos waren. Die Mitgliederzahl sank von 755 auf 686, 87 Berufsabwanderungen kamen in Frage. Die vorwiegend ländliche Struktur des Gaus erschwert den Zusammenhalt. Differenzen wegen unbefriedigender Lohnverhältnisse waren mehrere zu verzeichnen. — Im Gau Mittelhessen war die Kollegenchaft schwer von dem politischen und wirtschaftlichen Druck der Besetzung von zwei Drittel dieses Gebietes belastet. Bitter beklagt die Nichtbeachtung dieser Notlage durch die tariflichen und amtlichen Instanzen bei der Festsetzung von Sonderzulagen. Die Arbeitslosigkeit war gleichfalls sehr groß. Der Mitgliederstand ging infolge Berufsabwanderung von 2970 auf 2759 zurück. — Der Gau Nordwest hatte unter wachsender Interesselosigkeit vieler seiner Mitglieder zu leiden, eine Erscheinung, die übrigens auch in den meisten andern Gauen zu beklagen war. Um so größer wurde die Last dadurch für den kleineren regamen Mitgliederanteil. Aber dank dieser Ausdauer und Treue geht es auch im Nordwestgau wieder aufwärts. Alle Angriffe der Prinzipale auf den Indexlohn im vorigen Jahre wurden abgelehnt und das Tamtam der Aussperrung an der Jahreswende nebst Lohnabbaugeschäfte wurde zu einer Farce. — Im Gau Oberhessen war zeitweise mehr als die Hälfte aller Kollegen arbeitslos oder mit Kurzarbeit belastet. Die Gauzusubskriptionskasse fiel dem Währungselend zum Opfer. Berufsabwanderungen waren im Berichtsjahre 178 zu verzeichnen. Auch hier wurde die Aussperrungsaktion des DVB. zu einem Fiasko. Dem nach 25jähriger peinlichster Pflichterfüllung als Gaukassierer zurückgetretenen Kollegen Friedrich wird ehrenvolle Anerkennung und Dankbarkeit besagt. — Im Obergau hatte die Geschlossenheit neben der wirtschaftlichen allgemeinen Not noch mit einer tariflich besonders widerspenstigen Prinzipalopposition zu rechnen. Immer wieder mußte gegen Forderungen auf spezielle Abschläge vom Tariflohn gekämpft werden. Unter dem Ruf „Los von Berlin!“ trieb der „Bund der Buchdruckereibesitzer“ als neue Prinzipalorganisation allerhand Unfug und Schwärmte für Bezirkstarife, für die selbstverständlich kein Kollege des Obergauen sich erwärmen kann und wird. Im Berichtsjahre waren teilweise 15 bis 20 Proz. der Kollegen in andern Berufen tätig, andre arbeitslos oder in Kurzarbeit. Der Mitgliederstand sank von 2702 auf 2500, hebt sich aber jetzt wieder erfreulich. Das Gauvermögen wurde von der Geldentwertung verschlungen. — Der Gau Ostpreußen hatte bei etwa 850 Mitgliedern zeitweise 200 gänzlich Arbeitslose und 450 Kurzarbeiter und 100 Berufsabwanderer, so daß in der schlimmsten Zeit kaum noch 100 Vollarbeiter vorhanden waren. Unter der Devise „Lohnabbau im Osten!“ wurden einige Ortszuschläge herabgesetzt und für eine Woche kam ein weiterer Abschlag für kleinere Orte in Betracht. Eine dagegen sich aufklärende starke Protestbewegung hatte zur Folge, daß diesen Abbautendenzen kein Erfolg mehr beschieden war. Streiks waren in Memel, Heydenburg, Mittenstein, Lyd, Margrabowa und Osterode zu verzeichnen. Am 1. September schieden die Kollegen des Memelgebietes aus dem Gau aus und gründeten einen selbstständigen Verband mit Gegenseitigkeit zu unserm Verbands. — Der Gau Rheinland-Westfalen stand in allen seinen Bestrebungen während des ganzen Jahres unter dem wirtschaftlichen und politischen Druck der Ruhrbesetzung und der Separatistenbewegungen. Zeitungsverbote, Druckereibeschlagnahmen, Ausweisungen und Verhaftungen vieler Kollegen, Verwendung von Verbandsfunktionären als Geiseln auf Regiezügen, Versammlungsverbote, Belagerungszustände, unglaubliche Bahn- und Postverhältnisse, das „Loch im Westen“ usw. waren die hauptsächlichsten Hemmnisse fruchtbringender gewerkschaftlicher Arbeit. Trotz der Sonderzulagen kam es vor, daß Lohn Differenzen bis zu 400 Proz. gegenüber andern Arbeitergruppen an einzelnen Orten vorhanden waren. Der Mitgliederstand ging von 8211 auf 7615 am Jahreschluss zurück. Die Befehlungsabteilung war in ihrer Entwicklung besonders gescheitert; die Zahl der Lehrlinge ist wesentlich zurückgegangen. Das Gauvermögen betrug Ende des Jahres noch 3158 Goldmark. Auch in diesem Gau wurde das Aussperrungsfiasko der DVB. an der Jahreswende zu einem Fiasko. — Der Gau Niedersachsen konnte am 2. Juni 1923 auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Der Währungsverfall erlaubte keine größere allgemeine Fete dieses Ehrentages. Arbeitslosigkeit und Kurzar-

arbeit waren besonders trah. Verschiedene Gauunterstützungen fielen der Währungs katastrophe zum Opfer. Die Mitgliederzahl war am Jahreschluss bei 2067 Mitgliedern um 313 geringer als im Jahresanfang, 400 Kollegen arbeiten außerhalb des Berufs. — Der Gau Sargabiet hatte sich in 14 Lohnverhandlungen mit der französischen „Edelvaluta“ herumzuschlagen, ohne jedoch eine Verbesserung der Notlage der Kollegenchaft zu erzielen. Stürmische Versammlungen gab es mehr als genug. Obwohl das sogenannte Völkerverbundgebiet in Frage kommt, war die Arbeiterchaft doch gezwungen, auch hier für ihre bestmöglichen Rechte zu kämpfen. — Im Gau Schlesien war neben dem allgemeinen Teuerung- und Arbeitelend noch mit besonderen Lokalschwierigkeiten für die Abhaltung von Versammlungen zu kämpfen. Die bekannten Abbauanträge für den Osten sowie tarifliche Separierungsgefühle der Prinzipale erregten die Gemüter der Kollegen stark. Die Tendenzen der Gründung einer besonderen „Tarifinteressengemeinschaft schlesischer Buchdruckereibesitzer und Verleger“ fordern die Kollegen Schlesiens zum kräftigsten Widerstand heraus. In Oberschlesien wurde die Abtrennung des Bezirks Kattowich von unserm Verband erforderlich und ist in befriedigender Weise durchgeführt worden. Die Kosten für den fälligen Gaubaus wurden durch Abstimmung über die Anträge für eine Ostergabe für die Arbeitslosen frei. Infolge Abtrennung von 165 polnisch-oberschlesischen Kollegen und vieler Berufsabwanderungen ging die Mitgliederzahl von 2797 auf 2458 zurück. — Auch im Gau Schlesien war die allgemeine Not eine große; schlechter Geschäftsgang, viele Berufsabwanderungen waren zu verzeichnen. Von 669 Mitgliedern am Anfang des Jahres blieben noch 791 am Schlusse. 141 Mitglieder waren das ganze Jahr arbeitslos und 11 das ganze Jahr krank. Auch die Lehrlingsabteilung hatte erhebliche Schwierigkeiten und Mitgliederabnahme. — Im Gau Thüringen waren z. B. am 17. November von 2650 Mitgliedern nur 732 Vollarbeiter, dagegen 1316 Kurzarbeiter, 578 arbeitslos und 14 krank. Trotz aller Schwierigkeiten blieb das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation vorbildlich, gegenüber den Angriffen der Unternehmer im August und Dezember war seltene Geschlossenheit und Kampfesfreudigkeit zu verzeichnen. Eine Abnahme der Mitgliederzahl von 2808 auf 2673 geht hauptsächlich auf das Konto der Berufsabwanderungen. Der Witwen- und Waisenkasse des Gaus gehören 2469 Kollegen an, davon 100 in andern Gauen. — Der Gau Württemberg hatte gleichfalls mit großer Arbeitslosigkeit und ungeheurer Kurzarbeit zu kämpfen. Von 4036 Mitgliedern am Jahresbeginn blieben am Schlusse noch 3712, von denen z. B. im vierten Quartal nur 875 volle Beiträge entrichteten, während 631 überhaupt keine Beiträge leisteten. Hunderte von Kollegen mußten in fremden Berufen ein Unterkommen suchen und oft ungern sich vorübergehend andern Organisationen anschließen. Trostlosheit zeigten die Kollegen ihrer Leitung einmütiges Vertrauen, was den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Die Zentralkommissionen der Sparten konnten natürlicherweise auch keine erfreulichen Berichte für das vergangene Jahr geben. Die Drucker hatten unter besonders großer Arbeitslosigkeit zu leiden, was die Tätigkeit der Spezialvereine außerordentlich hemmte, ja teilweise völlig zum Stillstand brachte. Das technische Fachblatt „Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“ war nur mit Hilfe ausländischer Abonnenten über Wasser zu halten. Dazu kamen dann noch die Abbauversuche der Unternehmer hinsichtlich der tariflichen Ertragschaften der Drucker, die die Sorgen und Mühen der Druckerpartei außerordentlich steigerten. Und trotzdem zeigt sich auch hier wieder neues Leben und stärkeres Vertrauen auf eine bessere zukünftige Entwicklung. Die Korrektoren beklagen besonders die Knidrigkeit der Prinzipale bei der tariflichen Lohnfestsetzung für die Korrektoren mit nur 3 Proz. über Minimum. Die Inflationskatastrophe hat auch diese Sparte stark gelähmt, konnte aber dennoch das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht lockern und auch die „Mitteilungen“ der Zentralkommission nicht erdroffeln. Die Maschinenseker verzeichnen starke Berufsabwanderungen, was zu einem Mangel an erfahrenen Kräften geführt hat. Die „Technischen Mitteilungen“ konnten in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben und eine neue technische Broschüre für Linotypsetzer wurde herausgegeben. Die Stereotypure und Galvano-Plastiker betrachten die Abwehr der Verschlechterungsanträge der Prinzipale bei der letzten Tarifrevision als teilweisen Erfolg, hatten jedoch im übrigen unter den gleichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im vergangenen Jahre ebenso zu leiden wie alle andern Kollegen. Die Schriftsetzer hatten mit verschärften reaktionären Bestrebungen der Schriftsetzereibesitzer zu kämpfen. Eine wesentliche Herabsetzung der Aufordräge und sonstige tarifliche Mivellierungsversuche des Unternehmertums im Verlauf von 21 Lohnverhandlungen machten die speziellen Aufgaben und Ziele dieser Sparte sehr kompliziert und undantbar. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hatte die Wirkungen der Inflation in verstärktem Maße zu verspüren. Denn wo Not und Elend zu Hause sind, da können Fortbildungsbestre-

lungen nicht geüben. Wenn trotz dieser natürlichen Verjüngung des Kulturbodens für Bildungsarbeit insbesondere die „Typographischen Mitteilungen“ in geradezu musterhafter Weise ihren ehrenvollen Platz in der gesamten Fachliteratur behaupten konnten, so war dies in erster Linie ausländischer materieller Unterstützung zu verdanken, wobei insbesondere die Deutsche Graphische Bildungsvereinigung in der Tschechoslowakischen Republik mit ihren 2000 Lesern der „Z. M.“ sich ein besonderes Verdienst erworben hat. Fast zwei Drittel der Abonnenten gingen während der Inflationszeit verloren. Von 25 000 Beziehern im März 1920 waren im Oktober 1923 nur noch 9000 vorhanden, heute sind es jedoch wieder 15 000, und es ist zu hoffen, daß dieser Aufstieg sich weiter fortsetzt. Eine wesentliche Stütze des Bildungsverbandes war auch dessen Verlag, der ebenfalls infolge seiner starken Benützung durch die ausländischen Kollegen dem Verband die Überwindung ernster Finanzschwierigkeiten erleichterte. Die diesbezüglichen günstigen Erfahrungen auf dem Verlagsgebiete sollen nun noch weiter ausgebaut werden und in Verbindung mit allen andern Bestrebungen des Bildungsverbandes zur Verbreitung und Vertiefung des allgemeinen und beruflichen Wissens der Kollegenschaft beitragen.

Viel umfangreicher als wir ursprünglich gedacht haben, ist unser diesmaliger Hinweis auf den jüngsten Jahresbericht des Verbandes geworden. Aber es ging uns so, wie es hoffentlich allen seinen Lesern, und hoffentlich wird das jedes Verbandsmitglied sein, gehen wird, wenn sie sich in sein Studium vertiefen werden. Unerfreulich sind die meisten seiner Kapitel, und dennoch steckt in jedem eine solche Fülle ernstester und gewissenhafter gewerkschaftlicher Kulturarbeit, die zum Denken und Mitarbeiten anregt, wie kaum in einem andern aller früheren Jahresberichte. Denn nochmals sei es hier zum Schlusse betont, nur kurze Schlaglichter und Randbemerkungen konnten wir geben; umfangreicher und viel tiefer schürfend ist sein wirklicher Inhalt, selbst dort, wo scharf endlose Zahlen in vielseitigen Tabellen ein Bild harten Ringens unsres Verbandes mit dem fürchtbaren Geschehen des vergangenen Jahres zu geben versuchen. Wer sich der Mühe unterzieht, diesen Jahresbericht, der schon rein äußerlich in musterhafter typographischer Ausstattung ein gewerbliches Meisterstück darstellt und der „Buchdruckwerkstätte“ nur zur Ehre gereichen kann, geistig und grundfähiglich zu durchdringen, der wird sich mehr als je zuvor davon überzeugen fühlen, daß der Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für das unheilvolle Jahr 1923 ein Stück seines eignen Lebens und Leidens darstellt, das ihn nur noch enger mit unsrer Organisation verknüpft. Wir sind keine Anhänger überschwenglicher Personenverehrung; trotzdem glauben wir die Pflicht zu haben, dem Verbandsvorstand für diese mühevollste Arbeit, wie sie im vorliegenden Jahresbericht zum Ausdruck kommt, an dieser Stelle öffentlich zu danken. Denn wir wissen aus eigener Erfahrung, wie rücksichtslos das Jahr 1923 mit den Kräften des Verbandsvorstandes umgesprungen ist. Wir wissen auch, daß alle Kollegen des Verbandsvorstandes, Beisitzer, Sekretäre, Verwalter, Kassierer und Vorsitzende für ihre treue und gewissenhafte Pflichterfüllung im Dienste der gesamten Kollegenschaft keinen besonderen Dank beanspruchen; der Verbandskassierer hat uns inzwischen sogar schon einen saftigen „Serling“ verabreicht, weil wir seiner aufreibenden Tätigkeit in voriger Nummer ganz besonders gedacht haben. Da es jedoch sozusagen zu unserm Handwerk gehört, es niemals allen recht machen zu können, so müssen wir uns auch in dieser Frage damit abfinden, nur das zu schreiben, was wir vor unserm eignen Gewissen verantworten können, und zwar unbesümmert darum, ob der Verbandsvorstand damit einverstanden ist oder nicht. Es gibt ja auch in dieser Hinsicht noch eine höhere Instanz, und das ist der kommende Verbandstag in Hamburg. Diesem wird es vorbehalten sein, sein endgültiges Urteil über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wie auch über die unsrige zu fällen. Wir sind überzeugt, daß das nicht in dem Sinne geschehen wird, wie es gewisse Moskauer Scholaren da und dort im letzten Jahre getan haben, indem sie unsre besten Führer im Verbandsvorstande wie in einzelnen Gauen als Arbeiterverräter und Unternehmernechte beschimpften. Efel vor solchem Treiben wird jeden erfüllen, der den vorliegenden Jahresbericht mit dem Vorfall in die Hand nimmt, zu prüfen, ob die Leitung unsres Verbandes ehrlichen und zielklaren Männern anvertraut ist. Mangelhaftes Vertrauen muß nach diesem Bericht als subjektive Gefahr erkannt werden, neuer Mut zur Mitarbeit im Verbande kann geschöpft werden. Die Kräfte unsrer Führer und des ganzen Verbandes werden wachsen, wenn dieser Jahresbericht in allen seinen Teilen ernstlich studiert wird und aus ihm bei allen Kollegen die Einsicht reißt: Mehr als je zuvor müssen wir uns gegenseitig zu verstehen und zu unterstützen suchen. Dann wird auch zur Wahrheit werden, was der Verbandsvorstand sozusagen als Schlusswort seines Berichts in zurückhaltender und dennoch deutlicher Weise mit folgenden Worten zum Ausdruck bringt.

... es gilt das noch Bestehende zu erhalten und auszubauen. Verlorenes wieder zu gewinnen. Dazu ist Einigkeit und Vertrauen auf

Organisation notwendig. Dies um so mehr, als einerseits das Unternehmertum, teilweise mit Unterstützung von Rezierungsinstanzen, rüttelt an all den Errungenschaften der Arbeiterchaft, rüttelt an allem, was die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Arbeit mühsam und mit großen Opfern erkämpft oder aufgebaut haben, andererseits Zersplitterungstendenzen linksradikaler Kreise da und dort in Erscheinung treten, die indirekt den Bestrebungen der Unternehmer Vorstoß leisten. Unsrer Organisation hat es bisher vermieden, mit den gegebenen statutarischen Mitteln gegen die Zersplitterung der Einheit einzuwirken; aber auch an dieser Stelle soll es gesagt sein: ein Freibrief für alles soll damit nicht ausgestellt sein. Unterordnung unter die selbstgegebenen Gesetze muß von jedem Mitgliede verlangt werden, dies ist einer der Grundsteine, auf denen die Arbeiterorganisationen ruhen! Möge dessen jeder eingedenk sein!

Ein reiches Maß von Arbeit war im Berichtsjahre den führenden Kollegen im Verbande, der Redaktion des „Korrespondent“ und den vieler Mitarbeitern zugeteilt. Die Arbeit ist geleistet worden von allen in dem Bestreben, die Organisation aus dieser schwierigen Zeit hindüorzureiten in bessere Tage. Schwer zu leiden hatten auch die mit den Kassengeschäften und der Beitragskassierung betrauten Kollegen. Die riesige Geldbewertung verbundener Arbeit und brachte von Woche zu Woche größere Schwierigkeiten. All den Mitarbeitern sei für das treue Aushalten in dieser schweren Zeit herzlichster Dank abgestattet. Sie haben der Organisation große Dienste geleistet. Möge dieses gute Beispiel anspornend wirken zur weiteren zahlreichen Mitarbeit! Dann wird es wieder vorwärts und aufwärts gehen zum Nutzen und Frommen aller!

## Reichsdruckerei — Privatdruckereien — Arbeiterchaft

In der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hüpften in wildgrasiger Form einige Mannen des Deutschen Buchdrucker-Vereins in letzter Zeit einen graulichen Kriegsanal! Sie schleppten Wortkeulen und „konstatierten“ mit tief-sittlich-entkräftetem Pathos Konkurrenzabsichten der Reichsdruckerei. Während sie selbst in den Tiefen ihrer Bureauböden kleine Manöver aushecken, die ab und zu mit dem unsterklichen Namen „Schmutzkonzurrenz“ besetzt der staunenden Mitwelt vorgeführt werden. Es wird der Reichsdruckerei vorgeworfen, daß sie ihren durch besondere Bestimmungen festgelegten Wirkungskreis überschreitet. Wie verhält es sich damit?

In der Zeit vor dem Kriege und während des Krieges wurden der Reichsdruckerei die verschiedenartigsten Arbeiten der Reichs-, Landes- und Militärbehörden zugeschliffert. Ein Gesamtpersonal von etwa 3000 Beamten, Angestellten und Arbeitern war notwendig, um die in Auftrag gegebenen Druckarbeiten fertigzustellen. Einen breiten Raum nahm die Herstellung von Banknoten und geldwerten Erzeugnissen ein. Wurde schon während des Krieges eine räumliche Vergrößerung der Reichsdruckerei vorgenommen, so brachte die Nachkriegszeit mit der unglückseligen Inflationsperiode eine weitere Neubautätigkeit und demzufolge weitere räumliche Vergrößerung des Betriebes. Damit verbunden war natürlich eine entsprechende Vermehrung der gesamten technischen Betriebsmittel, die ihre Hauptausnutzung in der Zeit der größten Not des Landes, in der Inflationszeit, fanden. 13 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter waren notwendig zur Bedienung der riesigen Betriebsmittel. Und doch war dieser größte Buchdruckerbetrieb nicht in der Lage, die gesamten Druckaufträge des Reichs — insbesondere die Banknotenaufträge — zu bewältigen. Die Privatdruckereien, speziell die Stinnes-Druckereien, wurden zur Mitarbeit herangezogen. In dieser sehr profitablen Zeit wachte in den Spalten der „Zeitschrift“ kein entkräfteter Buchstabe. Aber in den Bureaus der Reichsdruckerei und der Reichsbank scharwenzelten die Vertreter der Privatdruckereien, um von den fetten Aufträgen ihren wohlverdienten Anteil zu empfangen. Anders heute. Mit allen nur erdenklichen Mitteln versucht man, den Staatsbetrieb zu zertrümmern, versucht man die notwendige Stimmung zu machen für eine Privatisierung des Staatsbetriebes. Man weist mit häßlicher Freude darauf hin, daß die Leitung der Reichsdruckerei in den Händen eines „eingeschriebenen Mitgliedes der WGBD“ liegt, daß die Reichsdruckerei eine „gute Pfunde für sozialdemokratische Beamte“ sei, und daß „die Arbeiter dort ein besonders entwickeltes Mitbestimmungsrecht“ haben und sich „ganz zu Hause fühlen“.

Wenigstens uns Arbeiter ein warmer Sonnenschein überrieselt, wenn wir hören, in welcher angenehmer sozialistischer Gemeinschaft wir in der Reichsdruckerei arbeiten dürfen, müssen wir doch mitteilen, daß die Leitung der Reichsdruckerei wohl in den Händen eines Buchdruckersmanns liegt; dieser hat aber zu unserm recht schmerzlichen Bedauern des öfteren Gelegenheit genommen, eine sozialdemokratische Abstempelung seiner Person streng von sich zu weisen und hat sich auch im übrigen bemüht, den Beweis für seine Behauptung durch sehr geheimräthiges Verhalten der Arbeiterchaft gegenüber zu erbringen. Und nun die „sozialdemokratischen Beamten“! 1918 (im November) haben einige, nehmend von dem benachteiligten Platz der Revolution, der Arbeiterchaft erklärt, „daß sie nicht allzuviel marulieren brauchen“. Und sozial, wie man eben nur bei einer Behörde sein kann, paßte man sich „anz als

„Zensur“ an seine Zeit an. Das ist anders geworden nach dem vorläufigen Novemberstreik im Buchdruckgewerbe. „Man (n)“ bekam wieder ein heftiges Kreuz. Man nahm „Mads“! Mahrcalculungen in der rückwärts-lesenden Form wurden vorgenommen. Zahlreiche gewerkschaftliche Vertretungsorganisationen flohen aufs Kaffeehaus. Unter Gewerkschaftslogen Zwinger wurde gemahrcet, weil er als Mitglied des Kuratoriums der Reichsversicherungsanstalt durch Wahrnehmung der Sitzungen „zu viel Arbeitszeit“ verkümmert habe. Natürlich war dies nur ein Vorwand. Aber weil die Gerechtigkeit mit sehr dunklen Flügeln durch die Reichsdrucker streift, blieb es bei der Mahrcalculung.

Wir kommen zum „besonders entwickelten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter“. Die „Zeitschrift“ verschweigt schamhaft, daß nach der Einstellung des Banknotendrucks in der Reichsdruckerlei das Gesamtpersonal von 13 000 Köpfen auf 4 000 Köpfe herabgemindert worden ist. Sie stellt es so hin, als ob wohl die Betriebsmittel nicht mehr ausgenutzt werden können, im übrigen aber „nach den Wünschen der Sozialdemokratie“ das Arbeitspersonal durchgehalten werden soll. Den Gewerkschaften wäre es viel lieber, „mit einer Partei zu verhandeln, die 11 000 Arbeiter beschäftigt, als mit ungeschätzten Betrieben, die nur wenige Arbeiter beschäftigen“. Das ist so ziemlich der Gipfel der Verzogenheit. Mit Not, Verzweiflung und Elend so grausam Spott zu treiben, ist der „Zeitschrift“ vorbehalten geblieben. Rund 9000 Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte sind vom Dezember 1923 bis Ende April 1924 zur Entlassung gekommen. Und wie sah das „besonders entwickelte Mitbestimmungsrecht“ aus? Durch die Personalabbauverordnung wurde der so wichtige Absatz 4 des § 84 des Betriebsrätegesetzes außer Kraft gesetzt. Die Direktion stellte die These auf: „Die uns in der Zeit der Not (Novemberstreik) geschaffen haben, müssen wir schützen!“ So kam es, daß Streikbrecher, auch wenn sie unbrauchbar waren, alten Schuh genossen, während bis über 30 Jahre in der Reichsdruckerlei Beschäftigte entlassen wurden. Der Betriebsvertretung war jede Möglichkeit genommen, auch nur einen der vielen ungerechten Entlassungsfälle klägerisch zur Entscheidung zu bringen.

Trotz aller dieser schweren Hemmungen ist der Arbeiterschaft aber das Interesse für die Reichsdruckerlei nicht verloren gegangen. Hier steht die Arbeiterschaft die großen Mittel der Gesamtheit investiert. Hier steht sie die Möglichkeit, durch Eigenproduktion dem Staat den Profit zu erhalten, der bei einer Zerstückelung der Reichsdruckerlei der privaten Spekulation zufließen müßte. Es ist ein ausgewachsener Schwindel der „Zeitschrift“leute, wenn sie behaupten, daß die Reichsdruckerlei teurer produziert als andere Druckerleien. Es ist nachzuweisen, daß trotz größerer Sicherheitsvorkehrungen in der Zeit des Banknotendrucks die Reichsdruckerlei wesentlich billiger produziert als alle beteiligten Privatdruckerleien. Und wie die gegenseitigen Unterbietungen zu bewerten sind, welche kleinen netten Kniffe angewendet werden, um dem (auch behördlichen) Kunden den zu erzielenden Auftrag billiger erscheinen zu lassen, darüber sollte man unter Fachleuten lieber keine Diskussion einleiten. Nur eine Tatsache wollen wir feststellen: Merkwürdigerweise sind von der Privatindustrie immer solche Aufträge unterbieten worden, von denen Kostenschläge der Reichsdruckerlei angefordert waren und die wohl legal wie illegal den verschiedenen Druckerleikontoren zugänglich gemacht wurden. Die „Zeitschrift“ stellt als Ziel der Reichsdruckerlei „die Sozialisierung aller behördlichen Aufträge“ hin. Das hört sich sehr gefährlich an — für privatkapitalistische Ohren. Uns als Arbeiter kann diese Entwicklung aber nur willkommen sein, nein, darüber hinaus, wir streben sie an! Nur ist augenblicklich die Besorgnis der „Zeitschrift“ recht unbegründet. Selbst eine doppelt vergrößerte Reichsdruckerlei wird die Gesamtanforderungen des Reiches nicht befriedigen können. Was aber von uns als Arbeiter und Staatsbürger verlangt wird, ist die Ausnutzung der vorhandenen Betriebsmittel der Reichsdruckerlei. Es wäre geradezu verwerflich, daß, wie es geschieht, ist, der Reichsdruckerlei die behördlichen Aufträge entzogen werden, um sie gewissen Druckerleikonzerne in die Hände zu spielen. Noch schlimmer als das aber ist die Druckerleispielerei einiger Behörden, die ohne alle fachtechnischen Kenntnisse selbständig Druckerleien einrichten, trotzdem die Reichsdruckerlei besteht und nicht voll beschäftigt ist. Eine dieser großen Behörden ist die Reichsbank, die eine Druckerlei neu aufbaut, trotzdem eine umfangreiche Abteilung der Reichsdruckerlei nur für den Bedarf der Reichsbank (Notendruck) arbeitet, trotzdem diese Abteilung für die Interessen der Reichsbank maschinell und räumlich vergrößert worden ist. Nicht ganz ohne Einfluß auf die Sinnüberziehung des Notendrucks in eine eigene (sehr überflüssige) Reichsbankdruckerlei soll der Stinnes-Konzern sein. Und hier scheinen sich die Interessengruppen der Buchdruck-Unternehmer zu begnügen. Während man die Reichsdruckerlei heftig beschuldigt, beachtet man wohlwollend das Entstehen einer neuen Druckerlei, die unter gegebenen Umständen als Profitquelle in Frage kommen könnte. Ist doch eine sehr einflußreiche Person, Herr Dr. Schott, der auch die Banknotenaufträge der Inflationszeit an die Privatdruckerleien vergeben hat, ein eifriger Förderer der neuen Reichsbankdruckerlei. Vor allen diesen behördlichen Kabalen aber steht die Arbeiterschaft und kann nicht lassen, wie mit den Mitteln der Allgemeinheit, des Staates, Schindluder getrieben wird.

Etwas direkter wie gegen die Reichsdruckerlei erhebt eine Aufschrift an die „Zeitschrift“ auch schon den gleichen Vorwurf gegen Landes- und Stadtdruckerleien. Überall, wo der gesunde Sinn der Bevölkerung durch Eigenproduktion sich durchsetzt, soll er bekämpft werden. Das kann nur unter dem Namen Widerstand hervorgerufen werden. Wir treiben nicht eine gewalttätige Betriebspolitik, aber wie können wir nicht ruhig machen, wie aus Mitteln der Steuerzahler errichtete archaische technische Betriebe verfallen lassen und der menschlichen Arbeitskraft damit eine

Erwerbsmöglichkeit genommen wird, die in vieler Hinsicht soziale und hygienische Verhältnisse aufweist, wie sie die Privatindustrie (speziell kleine Buchdruckerleien) nicht schaffen wollen.

Nach ein paar Worte zur Frage der rentablen Wirtschaft. Die Arbeiterschaft der Reichsdruckerlei ist fast auf den Friedensstand verringert worden. Demgegenüber steht tatsächlich ein etwas zu umfangreicher Anstellten- und Beamtenapparat. Hier ist die Kritik am Platze. Die Verwaltungskosten konnten nicht unerheblich gesenkt werden, wenn auch hier eine gerechte Reduzierung erfolgen würde. Selbst das Direktorium mit seinem Direktor, fünf Oberregierungsräten und drei Regierungsräten ist gegenüber dem Direktorium von 1914 (ein Direktor, drei Oberregierungsräte) am Personalbestand gemessen nicht zu verantworten. Bisher hat nur die Arbeiterschaft Opfer bringen müssen, um den Betrieb der Reichsdruckerlei den allgemein-wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Die Arbeiterschaft hat einen recht erheblichen Lohnabbau erfahren, die Urlaubszellen sind bei einzelnen Arbeitern bis zu 15 Tagen verkürzt worden. Selbst den Spezialarbeitern, wie Maschinenschneidern, Stereotypen usw., hat die Direktion der Reichsdruckerlei die den Löhnen der Privatindustrie entsprechenden Lohnzulagen verweigert. Diese kurzfristige Sanktion der Reichsdruckerleidirektion veranlaßte die besten Maschinenschneidern, den Betrieb zu verlassen — sehr zur Freude der Privatindustrie, die diese guten Arbeitskräfte zu recht ansehnlichen Löhnen aufnahm. Derartige Vorgänge schädigen leider den Staatsbetrieb; aber sie beweisen auch, daß man die Beurteilung des technischen Betriebes entsprechend vorgebildeten Personen überlassen muß, was nicht immer der Fall ist.

Nun zum Schluß: Die „Zeitschrift“ bekämpft den Wettbewerb der Reichsdruckerlei. Von allen Reichsunternehmungen wird heute verlangt, daß sie sich selbst erhalten und außerdem Gewinn abwerfen müssen. Wenn das gewünscht wird, muß auch den Staatsbetrieben die freie Konkurrenz gestattet sein. Wir haben als Arbeiter eines solchen Betriebes ein Interesse daran, zu beweisen, daß wir andern Betrieben nicht nachstehen. Es kann uns nicht verbüßen, wenn die „Zeitschrift“ herabwendend den Wettbewerb der Reichsdruckerlei beklagt und das große Risiko des Staatsbetriebes bei Übernahme gewisser Arbeiter herausstreicht, hinterher aber augenscheinlich feststellt, daß der Privatindustrie mit diesen Arbeiten große Gewinne verloren gehen. Die wollen wir eben der Allgemeinheit retten, und darum sagen wir: Sünde wäre von den gemeinwirtschaftlichen Betrieben! Die Reichsdruckerlei ist der größte derartige Betrieb unseres Gewerbes, er muß unserm Gewerbe erhalten bleiben!

## Für die Betriebsrätepraxis

**Gewerkschaften und Betriebsräte.** Die wichtigsten Funktionäre der Gewerkschaften sind die Betriebsräte. Ihre Existenz beruht auf gesellschaftlicher Grundlage. Denn sie sind gesellschaftliche Vertretungen für die Wahrnehmung sozialer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter innerhalb der dem Betriebsrätegesetz unterstellten Betriebe. Dadurch sind sie im Sinne der Reichsverfassung und nach dem Wortlaut des Betriebsrätegesetzes Organe der Gewerkschaften. Nach § 8 des Betriebsrätegesetzes werden die Rechte der wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, durch die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes nicht aufgehoben. Unter Rechte der wirtschaftlichen Vereinigungen (Gewerkschaften) sind in diesem Punkte alle jene öffentlich-rechtlichen Befugnisse zu verstehen, die durch die neuere wie auch ältere noch geltende Gesetzgebung den Gewerkschaften zugestanden sind. Damit wird anerkannt, daß unbeschadet der Rechte und Pflichten der Betriebsräte die Gewerkschaften und ihre Vertreter nach wie vor als berufene Vertretung ihrer Mitglieder in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses gelten. Die Gewerkschaften haben infolgedessen das selbständige Recht, von Unternehmerverbänden den Abschluß von Tarifverträgen zu verlangen und nötigenfalls zur Erreichung dieses Zieles den zuständigen Schlichtungsausschuss anzusuchen. Dieses Recht der Gewerkschaften ist von keiner Zustimmung irgendeines Betriebsrates abhängig. Aus diesem Grunde haben auch tarifliche Vereinbarungen, die von den Gewerkschaften getroffen wurden, den Vorrang vor jeder Betriebsvereinbarung. Es kann also die Gewerkschaft trotz Bestehens von Betriebsvereinbarungen den Abschluß von Tarifverträgen fordern, sie nach den Vorschriften der Schlichtungsverordnung durchsetzen und die den Tarifverträgen entgegenstehenden Betriebsvereinbarungen rechtsungültig machen. Anders steht es daneben mit dem Recht der Gewerkschaften, die Interessen einzelner Arbeiter gegenüber dem Unternehmer vor dem Schlichtungsausschuss oder vor Gericht wahrzunehmen. Dies kann bei Einzelstreitigkeiten nur vortretungsweise (unter entsprechender Vollmachtstellung) geschehen, d. h. die Gewerkschaft muß von dem persönlichen Träger der Einzelstreitigkeit mit seiner Vertretung ausdrücklich beauftragt sein. Auch die Betriebsratsvorsitzenden können sich durch Vertreter ihrer Gewerkschaft vor dem Schlichtungsausschuss vertreten lassen. Im allgemeinen wäre von allen Betriebsräten zu beachten, daß sie ihren eigentlichen Halt nur an den Gewerkschaften haben. Gewiß ist das Vertrauen ihrer Wähler im Betriebe ebenfalls von grundlegender Bedeutung für ihre ganze Tätigkeit; aber auch dieses Vertrauen ist in den meisten Fällen nur davon abhängig, ob es auf gewerkschaftlichen Grundlagen der Mitbestimmung aufbaut oder nicht. Wo gewerkschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl und Vertrauen fehlen, kann der Betriebsrat eines Betriebes sich nur kümmerlich oder höchst unproduktiv erweisen. Nur dort, wo Gewerkschaften hinter ihnen

stehen, die infolge ihrer organisatorischen Erfassung des größten Teils aller Berufs- oder Betriebsangehörigen diese zu einer engeren sozialen Schicksalsgemeinschaft verbinden, wird auch der Einfluß eines Betriebsrates ein ganz anderer sein als dort, wo sein Amt sich nur auf subjektive Eigenschaften oder Anschauungen stützt. Von einer nur von subjektiven Auffassungen abhängigen Betriebsräteverwaltung sind keine volkswirtschaftlichen Fortschritte zu erwarten, dabei kommt schließlich nur krasser Betriebsegoismus heraus, der eine Züchtung kapitalistischer Konkurrenzgeistes auch innerhalb der Arbeiterschaft bedeuten würde; der Zufall der Arbeitsgelegenheit in dem einen oder andern Betriebe würde maßgebend für die größten Unterschiede der Lebenshaltung trotz gleicher Arbeitsleistungen sein. Um solche Willkürlichkeiten zu vermeiden, haben die Betriebsräte ihre Aufgaben nur im engeren Zusammenwirken mit den Berufsorganisationen, d.h. mit den Gewerkschaften, zu erfüllen. Die Betriebsräte haben die Durchführung der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben zu betrachten. Nur wo Tarifverträge fehlen oder noch Lücken aufweisen, hat der Betriebsrat nach § 78 Ziffer 2 des Betriebsrätegesetzes die Aufgabe, an der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, aber auch hier nur in Verbindung mit den wirtschaftlichen Organisationen der betreffenden Arbeitergruppen. Betriebsräte und Gewerkschaften gehören also zusammen; sie haben daher auch die von den Gewerkschaften als ihren Bestrebungen zweckdienlich anerkannte parteipolitische Neutralität zu beachten und dürfen sich bei Wahrnehmung ihres Amtes nicht von parteipolitischen Tendenzen leiten lassen. Im Rahmen der gewerkschaftlichen Grundsätze haben sie für ihre Pflichten und Rechte als Betriebsvertretung ein so umfangreiches Betätigungsfeld, daß sie, wenn sie diesen Aufgaben mit Erfolg gerecht werden wollen, es ablehnen müssen, sich vor irgendeinen parteipolitischen Karren spannen zu lassen. Es ist in dieser Beziehung seit Bestehen des Betriebsrätegesetzes schon mehr als genug an dem Betriebsrätegedanken geübt worden. Und man wird kaum fehl gehen, wenn man einen großen Teil des Vordringens der Reaktion auf das Konto politischer Ablenkungstendenzen oder Lieblingeleien verbucht. Erfreulicherweise zeigt sich nach diesbezüglichen unangenehmen Erfahrungen allmählich wieder etwas mehr gewerkschaftliches Fühlen und Denken; damit wird zweifellos auch wieder für die Betriebsräte eine Zeit ruhigerer und befriedigenderer Pflichterfüllung kommen als in den letzten Jahren.

**Betriebsräte und Lehrlinge.** Die Überwachung der Durchführung der tariflichen Bestimmungen, wie sie nach § 78 (Ziffer 1) des Betriebsrätegesetzes den Betriebsvertretungen als Pflicht auferlegt ist, bezieht sich selbstverständlich auch auf die diesbezüglichen Angelegenheiten der Lehrlinge. Für die Buchdruckerei ist in dieser Beziehung zu beachten, daß bei Kurzarbeit der Gehilfen die Lehrlinge mit produktiver Arbeit auch nicht länger beschäftigt werden dürfen als die Gehilfen, d. h. sie dürfen nicht länger zu Arbeiten herangezogen werden, die von Gehilfen verrichtet werden. In Schmachsachen dürfen Lehrlinge erst im letzten halben Jahre ihrer Lehrzeit ausgebildet werden. Die Einhaltung der Lehrpläne, der Kostgeld- und Urlaubsvorschriften für die Lehrlinge nach § 23 des neuen Buchdruckertarifs sind ebenfalls durch die Betriebsräte zu überwachen. Ferner haben die Betriebsräte nach den §§ 95 und 99 des Betriebsrätegesetzes auch das Recht, bei jedem Versuch gütlicher Beilegung irgendeiner anderen Differenz in Lehrlingsangelegenheiten mitzuwirken, und zwar hauptsächlich bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung von Lehrlingen. Nach § 11 des Betriebsrätegesetzes gelten auch die Lehrlinge als Arbeiter im Sinne des Gesetzes; sie sind berechtigt, an den Betriebsversammlungen teilzunehmen und sind mitzuzählen bei der Berechnung der Zahl der Betriebsratsmitglieder; Lehrlinge sind daher auch wahlberechtigt, jedoch nicht wählbar als Betriebsratsmitglieder; sie unterliegen der Vertretungsbeziehung durch die Organe der Betriebsverfassung wie jeder Arbeiter.

**Betriebsrat und Unfalluntersuchungen.** Nach § 77 des Betriebsrätegesetzes ist ein von dem Betriebsrat bestimmtes Mitglied bei Unfalluntersuchungen, die vom Unternehmer, von einem Gewerbeaufsichtsbeamten oder sonstigen in Betracht kommenden Stellen (Polizeibehörde usw.) vorgenommen werden, zuzuziehen.

**Einspruch gegen unberechtigte Kündigungen.** Nach § 84 des Betriebsrätegesetzes können Arbeiter gegen ihre Kündigung binnen fünf Tagen durch Anrufung des Betriebsrates Einspruch erheben, wenn

1. der Begründungsbericht vorliegt, daß die Kündigung wegen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlechte, wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband erfolgt ist;
2. die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist;
3. die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeiter sich weigerte, dauernd andere Arbeit, als die bei der Einstellung vereinbarte, zu verrichten;
4. die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeiters oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.

Erfolgt die Kündigung fristlos aus einem Grunde, der nach dem Gesetze zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, so kann der Einspruch auch darauf stützt werden, daß ein solcher Grund nicht vorliegt. Diesen Schutz des § 81 vor unberechtigter Kündigung hat jeder Arbeiter, also auch der Jugendliche. Probeverträge und Lehrverträge schaffen jedoch von diesem Einspruchsrecht aus, ebenso solche Arbeitsverträge, die von vornherein nur auf eine bestimmte Frist ohne besonderen Vorbehalt abgeschlossen sind, es sei denn, daß ein gewisses Herkommen aus solche Verträge stillschweigend verlängert, wenn nicht ausdrücklich das Gegenteil vereinbart ist. Ein Arbeiter, der selbst kündigt, hat kein Einspruchsrecht; doch kann er nach § 623 (2. Absatz) des Bürgerlichen Gesetzbuches im Falle einer

besonderen Schädigung durch die ihm infolge vertragswidriger Haltung des Unternehmers aufzuzuwagende Kündigung von dem Unternehmer auf dem Wege einer Zivilklage Ersatz des Schadens fordern. Der Einspruch gegen eine Kündigung kann jederzeit zurückgenommen werden; er hat keine aufschiebende Wirkung. Die Verweigerung von Streikarbeit berechtigt nicht zur Kündigung im Sinne des § 84. Nach § 86 muß in bei der Anrufung des Betriebsrates wegen eines Einspruchs gegen unberechtigte Kündigung die Gründe darzulegen und Beweis ihrer Berechtigung vorzulegen werden. Es dürfte sich in jedem Falle empfehlen, möglichst alle beweisbaren Gründe vorzubringen und nicht nur einzelne, insbesondere jene der unbilligen Härte nach Ziffer 4 des § 84. Der Betriebsrat hat die Gründe des Einspruchs auf ihre Berechtigung zu prüfen. Es ist dabei zu beachten, daß ein Einspruch, der vom Betriebsrat nicht als berechtigt anerkannt wird, dem Einspruchserhebenden das Recht nimmt, die Entscheidung seiner Sache vor den Schlichtungsausschuß zu bringen. Der Betriebsrat hat also eine Verantwortung zu tragen, die ihn zu strengster Objektivität verpflichtet. Erachtet der Betriebsrat die Anrufung für begründet, so hat er zu versuchen, durch Verhandlungen mit der Betriebsleitung eine Verständigung herbeizuführen. Dazu ist er auch verpflichtet und berechtigt, falls er sich schon vor der Anrufung durch den Einspruchserhebenden der Betriebsleitung gegenüber mit der Kündigung einverstanden erklärt haben sollte und erst nachträglich durch die Prüfung der Begründung des Einspruchs erkannt hat, daß die Begründung berechtigt ist. Gelinzt eine Verständigung mit der Betriebsleitung nicht innerhalb einer Woche (vom ersten Tage der versuchten Verständigungsverhandlung an gerechnet), so kann der Betriebsrat oder der betroffene Arbeiter innerhalb weiterer fünf Tage das zuständige Arbeitsgericht (Gewerbe- oder Kaufmannsgericht) anrufen. War die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt, so hat das Arbeitsgericht das Verfahren auszusuchen, wenn auf Grund der Kündigung ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht ist, oder die Aussetzung des Verfahrens zur Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung von einer der Parteien beantragt wird. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang, wenn nicht binnen vier Wochen seit der Stellung des Antrages auf Aussetzung die Erhebung der Klage nachgewiesen ist oder wenn eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorliegt, wonach die Berechtigung zur fristlosen Entlassung verneint ist. Auch die Anrufung des Arbeitsgerichtes hat keine aufschiebende Wirkung, d. h. tritt inzwischen Ablauf der Kündigungsfrist ein, so ist das Arbeitsverhältnis unbeschadet der späteren Entscheidung des Schlichtungsausschusses vorläufig beendet. Betriebsvertretungen, die nachweisbar einer Kündigung zugestimmt haben, von der sie wußten, daß sie gesetlich unberechtigt war, können nach § 82b des Bürgerlichen Gesetzbuches ebenso zum Schadenersatz herangezogen werden wie die in Frage kommenden Unternehmer. Die Anrufung des Arbeitsgerichtes wegen unberechtigter Kündigung ist nur statthaft, wenn der von einer unberechtigten Kündigung Betroffene zwecks Einspruchs gegen diese Kündigung die für ihn zuständige Betriebsvertretung innerhalb fünf Tagen angerufen und die Betriebsvertretung auf diese Anrufung das Verständigungsverfahren innerhalb einer Woche eingeleitet hat. Die Betriebsvertretung hat im Falle eines Mißlingens ihres Verständigungsverlaufes das Arbeitsrecht spätestens fünf Tage nach Ablauf der Wochenfrist für die Verständigungsaktion anzurufen, andernfalls das Arbeitsgericht berechtigt ist, seinerseits die Einleitung seines Verfahrens abzulehnen. Der von der Kündigung betroffene Arbeiter hat daher das Recht, das Arbeitsgericht selbst anzurufen, wenn der Verständigungsverlauf der Betriebsvertretung innerhalb einer Woche noch zu keinem Ergebnis geführt hat. Das Arbeitsgericht kann dann die Einleitung des Verfahrens noch so lange aussetzen, bis der Verständigungsverlauf der Betriebsvertretung abgeschlossen ist. Ist z. B. eine Kündigung am 12. Juli ausgesprochen, so hat der davon Betroffene bis spätestens 17. Juli (also innerhalb fünf Tagen) die Betriebsvertretung anzurufen. Vom 17. Juli ab läuft dann die für den Verständigungsverlauf vorgesehene Wochenfrist; ist während dieser Woche, also bis zum 24. Juli, keine Verständigung möglich, so muß das Arbeitsgericht bis spätestens 29. Juli entweder von der Betriebsvertretung oder von dem betreffenden Arbeiter zur Einleitung des Verfahrens angerufen werden. Es bestehen Zweifel, ob die Wochenfrist zur Verständigung mit Ablauf der ersten fünfjährigen Anrufungsfrist (bei der Betriebsvertretung) beginnt oder erst vom Tage der ersten Verständigungsverhandlung der Betriebsvertretung mit der Betriebsleitung läuft; um Abweisung vor dem Arbeitsgericht zu vermeiden, ist es daher zweckmäßig, das Arbeitsgericht spätestens am sechsten Tage nach Ablauf der ersten Einspruchsfrist bei der Betriebsvertretung (zwei Tage nach erfolgter Kündigung) anzurufen. Geht nun im gesetzlichen Schlichtungsverfahren vor dem Arbeitsgericht die Entscheidung dahin, daß der Einspruch gegen die Kündigung berechtigt ist, so ist nach § 87 des Betriebsrätegesetzes zugleich für den Fall, daß der Unternehmer die Weiterbeschäftigung ablehnt, ihm eine Entschädigungspflicht aufzuerlegen. Diese Entschädigung ist nach der Zahl der Beschäftigungsjahre des zu unrecht Entlassenen in dem betreffenden Betriebe festzusetzen, sie kann für jedes Jahr ein Zwölftel bis im ganzen sechs Zwölftel des Jahreslohnes betragen; dabei ist sowohl die wirtschaftliche Lage des betreffenden Arbeiters wie Unternehmers anzurechnen zu berücksichtigen. Mit der Verkündung der Entscheidung des Arbeitsgerichtes wird diese zugleich rechtskräftig. Die Anrufung des Arbeitsgerichtes kann förmlich oder durch mündliche Erklärung zum Protokoll im Geschäftszimmer des Arbeitsgerichtes erfolgen. Sowohl die Betriebsvertretung wie der in Frage kommende Arbeiter können sich in solchen Fällen durch Gewerkschaftsvertreter, denen sie vorher entsprechende Vollmacht erteilt haben, vor dem Arbeitsgericht vertreten lassen.

## Korrespondenzen

**Berlin.** (Generalversammlung am 3. Juli.) Auf der Tagesordnung stand „Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung des Verbandes in Hamburg“ und die Besprechung der hierzu gestellten Anträge. Die Zuspitzung der Verhältnisse im Berliner Gau zwischen der Richtung Amsterdam und Mostau kam in dieser Versammlung zur vollen Auswirkung. Nach den vergeblichen Bemühungen der Kommunisten, im Berliner Gau Terrain zu gewinnen, sollte die diesmalige Generalversammlung ihnen den Anlaß geben, etwas Besonderes zu bieten. Die Aukerung eines der bekanntesten Wortführer der Kommunisten: „Wir werden um unsre Liste einen Kampf führen, gegen den das Trillerpfeifen- und Pustbedeckelconcert im Deutschen Reichstag nur ein Kinderspiel ist“, ließ die Inzenerierung eines besonderen Planes erwarten. Kollege **Albrecht** als Leiter der Versammlung gab die maßgebenden Punkte der Wahlordnung bekannt und machte besonders darauf aufmerksam, daß zur Unterfertigung der Kandidatur ein Drittel der Anwesenden gehöre. Das Berliner Gaustatut scheidet hierbei aus. Kollege **Wolf** setzte sich dafür ein, daß das notwendige Drittel herabgesetzt werde und vermies hierbei auf den Schlußsatz des § 6 der Wahlordnung. Die darauffolgende Abstimmung ergab jedoch mit gewaltiger Mehrheit die Innehaltung der bestehenden Wahlordnung für die Verbandstage. Kollege **Fiedler**, der unter fortgesetzten Zwischenrufen der Kommunisten die Vorschlagsliste der Richtung Amsterdam unterbreitete, ging auf die Zurufe ein und betonte, daß dies ja nur der Auftakt sei zu dem, was geplant ist. Diesbezügliche Mitteilungen, daß der Stoß ganz besonders gegen ihn (den Redner) gerichtet sei, seien ihm bereits zuge tragen worden. Kollege **Enkel** erklärte, er sehe schon voraus, daß von der Opposition keiner zur Generalversammlung in Hamburg kommen werde, sofern die Wahlordnung in Anwendung komme. Dann könne man aber auch von keiner Urabstimmung sprechen, wenn die Gegenrichtung nicht vertreten sei. Die ihm zur Last gelegte Bemerkung sei falsch wiedergegeben worden. Er habe nur gesagt, „wenn etwas unternommen werde, was gegen die statutarischen Bestimmungen verstoße, dann werdet ihr etwas erleben, daß euch die Haare zu Berge stehen werden!“ Wenn dies aber nicht der Fall sei, dann hätten seine Freunde keine Ursache, einen „Affentanz“ aufzuführen. Kollege **Wolf** empfahl nunmehr die kommunistische Liste unter scharfen Ausfällen gegen Fiedler. Kollege **Fiedler** verteidigte die gegen ihn gerichteten Angriffe und bemerkte hierbei, daß die Kommunisten als Arbeitervertreter nicht anzusprechen seien. In diesem Augenblicke schlug Engelmeier mit einem starken Stoß wiederholt auf den Redner ein. Ein Ringen unter den Parteien entstand, Entrüstungsurufe gegen die Kommunisten hörte man von allen Seiten, und der Tumult wurde so groß, daß die Versammlung auf kurze Zeit vertagt werden mußte, weil die empörten Versammlungsteilnehmer die Tumultuanten gewaltsam aus dem Saal entfernten. Nach Wiedereröffnung der Versammlung sprach Kollege **Fiedler** weiter und wies darauf hin, daß die soeben stattgehabte Szene nur durch den Umstand, daß unsre Kollegen bisher allzu duldsam waren. Wir müßten aus solchen Zwischenfällen unsre Lehren ziehen. Inzwischen waren die Versammlungsführer wieder im Saale erschienen. Darauf ließen zwei Anträge aus der Versammlung ein. Antrag 1: „Beantworte, den Kollegen Engelmeier wegen seines unqualifizierbaren Verhaltens in der heutigen Versammlung aus dem Verbandsauszuschließen.“ Antrag 2: „Beantworte, alle diejenigen, welche die Generalversammlungen durch Gewaltmaßnahmen stören, aus den Versammlungen zu entfernen eventuell aus dem Verein auszuschließen.“ Beide Anträge wurden gegen wenige Stimmen angenommen. Infolgedessen wurde Engelmeier des Saales verwiesen. Ihm folgte eine kleinere Zahl seiner Getreuen. Es wurde Schluß der Debatte beantragt und angenommen. Kollege **Albrecht** stellte nunmehr die Anwesenheit von 42 stimmberechtigten Teilnehmern fest und es erfolgte die Abstimmung über die eingereichten Listen der vorzuschlagenden Kandidaten. Die Liste der Kandidaten Amsterdamer Richtung wurde gegen 14 Stimmen angenommen, die der Kommunisten gegen dieselbe Stimmenzahl abgelehnt. Nach den geschäftlichen Vorgängen wurde beantragt, auf die Behandlung der Generalversammlungsanträge zu verzichten, was angenommen wurde. — Einige andre Angelegenheiten wurden hierauf in schneller Folge erledigt.

**Berlin.** (Notation.) Zum 1. Juni hatte die Abteilung Notation des Berliner Druckervereins einen **Nichtbildervortrag** über Neuerungen und Fortschritte im Notationsmaschinenbau. Infolge ergangener Einladungen war eine Teilnehmerzahl von 800 Personen im **Ma-Theater** zu verzeichnen, obwohl das schöne Sommerwetter sehr ins Freie lockte. Herr **Oberingenieur Wegand** von der **Boatländischen Maschinenfabrik** in **Wauen** war als Vortragender gewonnen. Seine Ausführungen über die Ausdehnung und die vielseitigen Fabrikationszweige der **Notoma**, deren Produktion in graphischen Maschinen und Apparaten immer stattlicher wird, wurden mit großem Interesse aufgenommen. Im speziellen interessierten aber die Schilderungen über den Bau von **Notationsmaschinen** und die neuen Konstruktionsarten auf diesem Gebiete, die durch gute **Nichtbilder** unterstützt wurden. Die **Notoma** hat darin eine führende Rolle übernommen. Auch die Umgestaltung der **Notationsmaschine** wurde in lehrreicher Weise vorgeführt. Im Namen der **Notationsabteilung** und der **Gaue** dankte dann **Vorsänger Ernst** Herrn **Oberingenieur Wegand** für seine weitreichenden Ausführungen und der **Boatländischen Maschinenfabrik** für ihre bereitwilliges Entgegenkommen. Es waren nach allmählichem Eintritte sehr lehrreiche Stunden, die an diesem **Nichtbildervortrag** abend abboten wurden.

**Breslau.** (Maschinenseker.) Am 22. Juni fand in **Glogau** die diesjährige **Wanderversammlung**, verbunden mit der **Gauehauptversammlung** des **Schlesischen Maschinensekervereins** statt. Durch Delegierte vertreten waren alle dem Verein angehörenden Bezirksorte; ferner waren der Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzende von **Glogau**, **Kolle**, sowie die Kollegen **Sack** und **Schlegel** aus **Leipzig** anwesend. Nach den üblichen Begrüßungen (**Kollege Dieck** begrüßte die Versammlung im Auftrag des Magistrats in seiner Eigenschaft als **Stadtverordneter**) eröffnete **Vorsitzender Birnbach** die Tagung und sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zum Wohle der Sparte und des Verbandes einen guten Verlauf nehmen möchten. Nach Erstattung des Jahres- und des Kassenberichts, die zur Beanstandung keinen Anlaß gaben, erfolgte die Entlastung und die Bestätigung des in der **Breslauer Hauptversammlung** gewählten Vorstandes. Der **Gauebeitrag** wurde auf 5 Pf. pro Woche und **Mitglied** ab 1. Juli festgesetzt. Ebenso wurde den Bezirksorten empfohlen, die in **Breslau** schon geübte Umlage von 50 Pf. pro **Mitglied**, welche sich zur Beschaffung des **Mitteldeutschen Maschinensekerfestes** in **Leipzig** notwendig machte, im Laufe des dritten Quartals einzuziehen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Hierauf sprach der **Schriftführer Marusch** über „Der neue Tarif und die Maschinenseker“, und der **Vorsitzende** warf einen **Rückblick** auf die **Leipziger Tagung**. Nach der sich hieran anschließenden Aussprache, in der manche Kritik geübt wurde, wurde einstimmig folgende **Entschließung** angenommen: „Die heute, am 22. Juni 1924, stattfindende **Wander- und Gauehauptversammlung** des **Schlesischen Maschinensekervereins** nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der **Tarifberatungen**. Sie erklärt die **Abmachungen** als eine große **Belaßungsprobe** für die **Maschinenseker**. Wenn sie dennoch dem **Abschluß** zustimmt, so geschieht dies nur, um die **Einheit** und die **Schlagkraft** der **Organisation** nicht zu gefährden. Sie erwartet von der **Zentralkommission** und dem **Verbandsvorstand**, daß die **Organisation** in Zukunft alle ihre **Machtmittel** anwendet, um den berechtigten **Forderungen** der **Maschinenseker** zum **Erfolge** zu verhelfen.“ Nach diesem Punkte referierte **Kollege Sack** (**Leipzig**) über „**Maschinensekerfragen**“. Er legte seinen mit großem **Beifall** aufgenommenen **Ausführungen** folgende drei Punkte zur **Entwicklung** der **Sechsmaschine**, ging er dann näher auf diese Punkte ein und empfahl vor allen Dingen die **Pflege** des **Technischen** in den einzelnen **Bereichen**. Zum **Schluß** erwähnte er auch die **elektrische Beheizung**, die in **hygienischer Beziehung** nur zu empfehlen sei. An **reichlichem Anschaffungs- und Belehrungsmaterial** hatte es der **Vortragende** auch nicht fehlen lassen. Bei dem nächsten Punkte: „**Der Maschinensekerkongress in Hamburg**“, wurde der **Kollege Birnbach** (**Breslau**) als **Delegierter** gewählt. Die drei letzten **Tagesordnungspunkte**: **Statistik**, **Technisches** und **Beziehendes**, konnten schnell erledigt werden. Unter „**Technischem**“ gab der **Obmann** der **Technischen Kommission**, **Dittmer**, seine **Erfahrungen** mit den **Doppelsteinen** zum **Besten**, des **Weiteren** konnte er über die in den letzten „**Technischen Mitteilungen**“ **beprosenen Patent-** **bufferapparat** einige **Ausführungen** machen. **Seiner Ansicht** nach ist die **Anschaffung** desselben nur zu empfehlen. (Zu beziehen durch die **Graphische Werkstätte** in **Sofingen**.) Hierauf wurde die **gutverlaufene Tagung**, die unter der **Devise** „**Einigkeit macht stark**“ stand, mit einem **Stoß** auf **Verband** und **Sparte** geschlossen. — An die hieran folgende **gemeinsame Mittagstafel** schloß sich die **Feier** des **zehnjährigen** **Stiftungsfestes** des **Glogauer Spartenvereins**. — Vor der **Tagung** selbst fand eine **Besichtigung** des **Sechsmaschinenbetriebes** der **Hemming-Wiskott-K-G.** statt, wo vor allen Dingen der **Bierbeker** großes **Interesse** erweckte. Der **Geschäftsleitung** sowie den **Kollegen**, die sich in den **Dienst** der **Sache** gestellt haben, sei auch an dieser **Stelle** der **aufrichtigste Dank** abgestattet.

**Essen.** (Drucker — Vierteljahrsbericht.) Die am 21. Juni abgehaltene **Generalversammlung** war ziemlich **zahlreich** besucht, hätte aber **besser** sein müssen, nachdem der **Vorstand** sich die **größte Mühe** gibt, den **durch die Inflation** **zusammengebrochenen Verein** wieder **zur alten Blüte** zu bringen. Es sind **zunächst** **größere Vorträge** und **Beschäftigungen** **festgelegt** worden, wozu eine **allseitige Beteiligung** erwünscht und **unbedingt nötig** sei. Jeder **denkende Druckerkollege**, **sofern er noch nicht Mitglied** der **Sparte** ist, muß sich **innerlich verpflichtet** fühlen, als **Mitarbeiter** in den **vorderen Reihen** stehen zu **wollen**, **zumal** der **Vorstand**, der sein **Amt** im **Interesse** der **guten Sache** **vorläufig** noch **weiterführt**, **bestrebt** ist, die **Abende** **recht interessant** und **lehrreich** zu **gestalten**. Also **auf** und **hinein** in die **Sparte!** **Jeden** **dritten** **Sonntags** **Generalversammlung** bei **Karl Becker**.

**Magdeburg.** Die **Maschinensekervereinigung Gau** **an der Saale** hielt hier am 15. Juni eine **aufbesuchte Generalversammlung** ab. Der **Vorsitzende Winkler** bedauerte das **Nichterscheinen** eines **Vertreters** vom **Gauevorstande**. Nach **geschäftlichen Mitteilungen**, **Erstattung** des **Jahresberichts** und **Rechnungslegung** wurde in eine **umfangreiche Aussprache** eingetreten, in der zum **Ausdruck** kam, daß die **Praxis** **beweise**: der **Niedergang** der **Maschinensekerverhältnisse** **wahrscheinlich** zum **Schaden** der **Gesamtheit** **aus**. Von den **Maschinensekern** werden **Vorkriegsleistungen** **verlangt**, **darum** **müssen** **ihnen** **auch** **ihre 25 Proz.** **wieder** **werden** — **aber** **nur** **durch** **und** **mit** **dem** **Verbande**. Die **Vorstandswahl** **ergab** die **einstimmige** **Wiederwahl** **des** **bisherigen** **Vorstandes**. Als **Delegierter** **zum** **Maschinensekerfest** **in** **Hamburg** **wurde** **Kollege** **Winkler** (**Magdeburg**) **und** **zum** **Stellvertreter** **Kollege** **Marisch** (**Halle**) **gewählt**. Ein **Antrag** **aus** **Dessau**, **den** **Bezirksvorort** **Dessau** **des** **Bezirks** **Dessau** **nach** **Wöthten** **oder** **Berbst** **zu** **verlegen**, **wurde** **dem** **betreffenden** **Bezirk** **zur** **eigenen** **Erledigung** **überwiesen**. Hierauf **hielt** **Kollege** **Schlegel** (**Leipzig**) **einen** **Vortrag**

über elektrische Schweißmaschinenbeheizungen, dem großes Interesse entgegengebracht wurde und der vieles Interessante und Lehrreiche bot.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jährige Verbandsjubiläum)

- Metteur Richard Arend in Stuttgart (Kondition „Schwäbische Tagwacht“).
Maschinenmeister Rudolf Beyer in Stuttgart (zur Zeit arbeitslos).
Korrekter Friedrich Kost in Stuttgart (Kondition Union Deutsche Verlags-Gesellschaft).
Korrekter Friedrich Spürz (Kondition Deutsche Verlagsanstalt).

Allgemeine Rundschau

Zum Tode Emil Scheibels. Der vor kurzem in Düsseldorf verstorbene Verbandsveteran Emil Scheibel, dem wir auf Grund einer Mitteilung des Herrn E. Colas in Freiburg schon in Nr. 56 einen kurzen Nachruf widmeten, war in seiner neuen rheinischen Heimat, wohin ihn das Schicksal nach dem unglücklichen Kriege verschlug, weniger bekannt.

Die freien Gewerkschaften zum Sachverständigen-Gutachten. In einer Eingabe an die Reichsregierung haben die drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen den Standpunkt der freien Gewerkschaften wirkungsvoll dargelegt.

Die Forderung eines einheitlichen Beamtenrechts. Nachdem der alte Reichstag zwei Jahre lang über ein Beamtenvertretungsgesetz verhandelt hat, ohne seine Beratungen infolge des Widerstandes der Regierung und der Reichstagsmehrheit zu einem Abschluß bringen zu können...

Christliche Reichstagsabgeordnete. Agitatoren der christlichen Gewerkschaften weisen nicht selten auf die parteipolitische Zersplitterung in den freien Gewerkschaften hin mit dem Bemerkten, daß darin ein sicheres Zeichen des Zerfalls der stärksten Gewerkschaftsrichtung zu erblicken sei.

Versehiedene Eingänge

- Gewerkschafts-Archiv. Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung.
Sachverständigen-Gutachten - und was dann?
Zeitschrift für die Arbeiterbewegung.

Briefkasten

R. B. in B.: Die Behauptung, daß die in Frage kommenden „Beamtinnen“ nicht mehr als Arbeitervertreter anzusprechen seien, ist keine Beleidigung, sondern Anklage.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1104

Ohne Quittungsbuch keine Anerkennung der Mitgliedschaft!

In letzter Zeit wird von den Funktionären häufig darüber Klage geführt, daß Mitglieder ohne Quittungsbücher in den Gauen zureifen.

als die ersten des 2. Jahresabschnitts oder gar nicht werden ist. Voraussetzung für die...

Infragen bei Konditionswechsel!

Zu den Infragen werden erneut auf die Verpflichtung (§) 17 der Bestimmungen über die...

Gan Ehrenreich, Kant Schulhof des Fautages ist die Gauunterstützung für die...

Adressenveränderungen

Breslau, (Maschinenvereine.) Vorsitzender: Arthur Töpfer, Hellerstraße 10...

Bestel Eberfeld. Alle schriftlichen Zusendungen sind wieder an den Postenden Julius...

Verammlungskalender

Berlin. Rotationsmaschinenmeisterversammlung Sonntag, den 10. Juli...

Anzeigenblätter: die sechszehnjährige Zeile 10 Goldspg. für Vereins-, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen...

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postcheck...

Philatelistischer Verein der Buchdrucker. Sonnabend, den 19., und Sonntag, den 20. Juli: Zusammenkunft in Berlin...

Werkschreiber. In angenehme Stellung gesucht. Off. Angebots unter W. 40 an die Geschäftsstelle dieses...

Schweizerdegen. In angenehme, dauernde Stellung gesucht. Buchdrucker Ad. Allmers, Darel i. Oldbg.

Tüchtiger Linotypsetzer. möglichst ledig, nach Großstadt an Diederichsen gesucht. Angebote unter Nr. 15 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Linotypsetzer. für Lichtwechsel bei einem Wochenlohn von 5,50 M. über Maschinenführer gesucht. C. Müllers Buchdruckerei C. & T. Müller, S. m. b. H., Oberwalde, Seckelstraße 16/18.

Tüchtige Linotypsetzer. mit v. ehelicher Frau für Berliner Zeitungsdrukker in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter Nr. 76 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtige Linotypsetzer. bei hohem Lohn verlangt sofort. Buchdrucker Freyhoff, Oranienburg.

Linotypsetzer. mit v. ehelicher Frau, guter Maschinenkennner, der den Mechanismus vollkommen beherrscht, in angenehme Stellung gesucht. 'Neueste Nachrichten', Landau i. Oel.

Bewissenhafter und flotter Monotypsetzer. für 7-Zeiler zu möglichst hohem Lohn gesucht. Stantenstein & Wagner, Leipzig, K. v. Straße 1.

Maschinenmeister und Stereotypsetzer. für v. eheliche Person (Männl. & Weibl.) sowie Maschinenmeister (weiterer Maschinenmeister vorhanden) sofort gesucht. 'Pillkater Grenzzeitung', S. Mogenroth Nachf., S. m. b. H., Pillkallen (Ostpr.).

Korrektor und Revisor. mit guten Kenntnissen und eigenem Schreibstil sucht sich innerhalb Leipzigs zu veranlassen. Kontakt nach Anschluss. Off. Offerten unter Nr. 24 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Wir suchen Alzidensetzer. tüchtig im Entwurf von modernen Werks-Drucksachen, Werke, Tabellen- und Anzeigensatz und einen Typographsetzer (T-1) in selbständiger Dauerstellung für neue Maschinen. Nur gute Maschinenkennner und -pfleger wollen sich melden. Abrecht & Vorkamp, Buchdrucker und Verlagsanstalt, Köhler, Breite Straße 12.

Zu sofortiger, Eintritt suchen wir jungen, zuverlässigen Monotypsetzer für Linotypsetzer, eventuell wird aufgewandter junger Handwerker ausgebildet. 'Landauer Volksblatt', S. m. b. H., Landau a. d. J. (Wanern).

Zwei Typographsetzer mit guten Kenntnissen in angenehme Dauerstellung an II und V-1 sofort gesucht. Reisevergütung und günstige Wohnverhältnisse. Roetherdruck, Darmstadt.

Typographsetzer (A) gegen gute Vergütung stellt ein D. Mehlhager, Berlin C 53, Sophienstraße 8.

Tüchtige Monotypsetzer sofort gesucht. August Preis, Leipzig, Weberstraße 29.

Galvanoplastiker in Albert-Verfahren vollständig bewandert, für dauernd gesucht. Anschreibliche Angebote mit Gehaltsansprüchen an Wilhelm Geragely, Wien VIII, Buchfeldgasse 6.

Schriftsetzer 27 Jahre alt, ledig, in allen Facharten bewandert, sucht Stellung, am liebsten nach Hamburg. Off. Offerten erbittet Will-Eckardt, Lüchow i. Han., St. Georgsberg 1.

Egal-wohl! 27-jähriger, froh-samer Schriftsetzer sucht sich zur Erweiterung seiner Kenntnisse zu veranlassen. Off. Angebote an Paul Hofmann, Dornschneise am Burg.

Jellenmaß in Masse auf (Maschinen) Buchdruckerei, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Jüngerer Schriftsetzer (10 Jahre alt) sucht in Berlin Stellung, wo ihm Gelegenheit gegeben wird, sich im besseren Alzidenzweig weiter auszubilden. Angeb. m. Gehaltsangabe an Walter Frank, Neudöhlen, Hermannstr. 17, [27]

Bewissenh. Schriftsetzer in allen Fachart. bew., auch i. Korrekturwesen erfah., sucht sofortige Stellung. Off. Off. an H. Deyer, Lyck, Städt. Elektr.-Werk, bei Herrn Malso. [39]

Stellungsaussch! Welcher ledige Kollege in Hamburg-Altona wünscht Stellung in Bremen und tauscht mit mir? Off. Zuschr. an H. Gelf, Bremen, Zachensstraße 23 11.

Bremen-Hamburg Wo wird ein Linotypsetzer in Berlin eingestellt, welcher zwecks Weiterbildung an der Schreibmaschine sich verändern will? Geleit an Multi-Ideal. Off. Zuschriften erbeten an Max Kobrahm, Berlin-Friedrichsfelde, Berliner Str. 100a.

Linotype-Setzer, seit Kriegsende infolge damaliger Arbeitslosigkeit als Handwerker in ungeländ. Stellung, sucht sich wieder an die Sehmashine an verand. Gute Bezahl. vorh. Off. Angeb. erb. H. Fiedler, Dresden-A., Schumannstr. 38.

Typographsetzer 27 Jahre alt, verheiratet, vertritt mit allen Modellen, sah und maschinentechnisch gut durchgebildet, sucht, geübt auf gute Bezahl., angenehme Dauerl. Schlem-Höf. bev. Angeb. m. Lohn an W. Ström, Kaufm., Kleine Straße 14.

Jüngerer Maschinenmeister 21 Jahre alt, sucht für sofortige Stellung, wo ihm eventuell Gehaltentgelt geboten wird, sah an der Wollton weiter auszubilden. Jedoch nicht Verhandlung. Kenntnisse in Rundstereotyp vorhanden. Off. Angebote erbeten an Selb Zahn, Gagnay in Eichen, Krummer Straße 39.

Kunstschiff-Verzeuger u. Werkzeuge u. Drucken u. Verlegen u. Verlegen Sie verleihe von H. Czegl, München 6, Rosenstraße 1.

Leipziger Korrektorenverein. Sonnabend, den 12. Juli, Abendspaziergang mit Damen nach Grätzdorf. Treffpunkt 7 Uhr am 'Schützenhaus' Zellerhausen. Jahreliche Beteiligung ermahnt. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Gau Leipzig Lehrlingsabteilung. Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im Gesellschaftsaale des 'Volkshauses' Vorführung des Wanderspiels 'Jahre in die Welt'. Der Eintritt für Lehrlinge ist frei. Karten hierzu sind bei den Vertrauensleuten zu haben. Wir bitten, die Lehrlinge darauf aufmerksam zu machen. J. A. Arthur Franke.

Geld-Lotterie der Landeswohlfahrt. Ziehung 23. Juli. 15000, 10000, 5000, 4000, 2000. Lose 1Mk Porto. Liste 40P. Martin Kaufmann LEIPZIG, Windmühlstraße 5. Postcheckkonto 51232.

Musik-Instrumente aller Art & Garantie für tadellose Güte. Dre'ohrte frei. Max Dörfel Klingenthal i. Sa. Nr. 16.

Am 30. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 30. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 30. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 30. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 30. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Infolge Gedächtnisschlages hat der Mitbewohner wieder zwei liebe Kollegen aus unsern Reihen gelassen. Am 28. Juni den Ehefrauinvaliden Emil Schelbel aus Kappelrodeck (Waden), 71 Jahre alt, seit 1874 Verbandsmitglied, 1919 aus Trauburg ausgeschieden. Am 27. Juni den Korrektor Franz Schumacher 68 Jahre alt, war seit 1883 Mitglied. Ihre treue Pflichterfüllung sichert ihnen ein diebendes Andenken. S.-V. Düsseldorf.

Am 3. Juli verstarb plötzlich und unerwartet bei Ausübung seiner Berufstätigkeit unser werter Kollege, der Schriftsetzer Max Haberter aus Breslau, im Alter von 71 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren Ortsverein Breslau.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.

Am 31. Mai erlag unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Karl Ruppenthal aus Mühlheim a. d. M., im Alter von 46 Jahren einem Lungenleiden. Am 10. Juni ist unser lieber Kollege, der Maschinensetzer H. Mahenbacher aus Eischberg, im Alter von 43 Jahren nach einjähriger Krankheit dem im Kreise geliebten Lungenleiden erlegen. Am 30. Juni ist unser lieber Kollege Rudolf Ebert aus Mannheim nach gehäufiger Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Ein ehrendes Andenken werden den drei Kollegen stets bewahren Oskar- und Dreylerverein Karlsruhe.